

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Samstag und Sonntag...
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Dreile Straße 80.

Die abendliche Konkurrenz...
Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit
Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die drohende Besetzung des Ruhrgebiets

Gemeinsames Vorgehen der Alliierten

Paris, 19. April.

Nach dem „Echo de Paris“ finden im Laufe dieser Woche Kon-
ferenzen statt, an denen die militärischen und wirtschaftlichen
Sachverständigen teilnehmen. Es scheint jedoch, daß das etwa
neu zu besetzende Gebiet schon ungefähr bestimmt worden
ist. Es umfasse den ganzen Ruhrbezirk mit Ausnahme
der Bezirke nordöstlich von Hamm und östlich von Iserlohn, aber
auch das südliche Gebiet bei Elberfeld, im ganzen einen Streifen
von 75 Kilometer Länge und ungefähr 25 Kilometer Breite.

Zur Besetzung glaubt man nur sieben Divisionen nötig zu haben.
Bedenken hat das Blatt hinsichtlich der wirtschaft-
lichen Ausbeutung des neu besetzten Gebietes. Man schätze
jedoch die Einnahmen, die man erzielen könne, auf ungefähr
1 1/2 Milliarden Goldmark. Auch das „Echo de Paris“ glaubt,
daß man mit der Dienstverweigerung der industri-
ellen Persönlichkeiten rechnen müsse.

„Daily Telegraph“ schreibt im Leitartikel, der Vormarsch
der Franzosen in Deutschland werde mit Zustimmung und der
vollen moralischen Unterstützung des britischen und des italieni-
schen Kabinetts unternommen werden. Die wirklichen Schwierig-
keiten für die Staatsmänner der Alliierten und für die Militärs
beständen in der genauen Festlegung der Zwecke des
Vormarsches; denn die militärischen Pläne müßten unbedingt
bereit sein für die wirtschaftlichen, politischen und finanziellen
Ziele, die erreicht werden sollen.

Erklärungen Lloyd Georges

EE. London, 19. April.

Im englischen Unterhause fragte der Abgeordnete
Kenny, ob Lloyd George seine Aufmerksamkeit
auf die Erklärungen Verlands im Senat gerichtet habe, in denen
der französische Ministerpräsident dargelegt hatte, daß die fran-
zösische Regierung gegen Deutschland nach dem 1. Mai Gewalt-
mittel anwenden werde. Kenny wollte wissen, ob eng-
lische Truppen an dieser Demonstration teilnehmen würden, ob
englische Truppen zur Verstärkung der Besatzungsarmee her-
angezogen werden würden, ob die Alliierten vor dem 1. Mai sich
nochmals zusammensetzen würden und schließlich, ob die deut-
sche Regierung neue Vorschläge in der Repara-
tionsfrage gemacht habe.

Lloyd George gab auf diese Anfragen folgende Erklärung
ab: Die deutsche Regierung fährt fort, ihre Verpflichtung
in der Reparationsfrage und bezüglich der Ver-
kräftigung der Kriegsschuldigen zu verletzen. Bis
jetzt hat die Regierung keine praktischen Vorschläge für
die Durchführung des Friedensvertrages gemacht. Unter diesen
Umständen erscheint es als eine Notwendigkeit, daß die
Alliierten zu einer Konferenz zusammentreten, um die Durch-
führung der Bestimmungen des Friedensvertrages durchzu-
setzen.

Der Abgeordnete Wedgwood fragte, ob das Unter-
haus befragt werden würde, bevor Großbritannien seine
Zustimmung zu irgendwelchen weiteren militärischen Besetzungen
geben würde. Der Ministerpräsident bejahte diese Frage, so-
fern das Unterhaus dies wünsche.

Auf eine weitere Anfrage des Abgeordneten Kenny,
ob noch vor dem 1. Mai Besprechungen der Alliierten in
irgendeiner Form stattfinden würden, äußerte sich der Minister-
präsident in bejahendem Sinne, fügte aber hinzu, er
könne nicht sagen, ob ein einfacher Notenwechsel, oder ein Mei-
nungsaustausch oder eine weitere Konferenz der Alliierten vor
dem 1. Mai stattfinden werde. Man müsse es der Regierung
überlassen, die beste Methode anzuwenden, um mit den Alliierten
zu verkehren.

Der Abgeordnete Frederik Hall bemerkte, die öffentliche Mei-
nung in England habe klar dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß
Deutschland bis zu seinem letzten Pfennig bezahlen müsse. Das
englische Volk wünsche auch, daß diese Frage von der eng-
lischen Regierung allein gelöst werde. (Gehtalter
Wesfall, aber auch „Rein-Rein“-Muse!) Lloyd George
bemerkte schließlich, daß die Regierung von ihrer Verantwortung
befreit, handeln werde, um den Friedensvertrag durchzuführen.
Wenn die Meinung des Unterhauses von der der Regierung ab-
weicht, so hat das Haus das Recht, Vorstellungen zu erheben.

England wünscht keine Vermittlung

London, 18. April.

In einer vom Reuterschen Bureau verbreiteten Meldung
heißt es: In amtlichen britischen Kreisen ist nichts Hoffentliches
bekannt über die zahlreichen Berichte aus Berlin, betreffend eine
bevorstehende Mission Deutschlands in Hinblick auf seine Verpflich-
tungen am 1. Mai laut Friedensvertrag. Was die wiederholten

Gerüchte über eine geplante Vermittlung anbelangt, so sind
keine solchen Angebote der britischen Regierung mitgeteilt worden.
Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß, wenn
Deutschland ein „vernünftiges“ Angebot vorhat, keine Not-
wendigkeit für eine Vermittlung besteht. In jedem Falle wird
nachdrücklich hervorgehoben, daß nach Ansicht der britischen Re-
gierung diese Frage unmittelbar zwischen Deutschland und den
Alliierten erörtert werden muß, und daß erwartet wird, daß
Deutschland den ersten Schritt tut.

Es sei ganz klar gemacht worden, heißt es in der Reutersmit-
teilung weiter, daß den Deutschen die Aufgabe zufällt, vor dem
1. Mai den Alliierten „vernünftige“ Vorschläge darüber zu unter-
breiten, wie sie ihren Verpflichtungen nachkommen wollen. Bisher
sei noch keinerlei Plan für eine neue Konferenz der Alliierten
gefaßt worden, aber, ob Deutschland neue Vorschläge mache oder
nicht, eine Versammlung der Alliierten werde so-
bald wie möglich nach dem 1. Mai notwendig sein,
deren Ort und Zeitpunkt noch festgesetzt werden müßten.

London habe keinerlei Mitteilung über die gemeldete Ansicht
der Vereinigten Staaten, sich wieder in der Repara-
tionskommission vertreten zu lassen, erhalten.

Amerika will nicht intervenieren

W. Paris, 19. April.

Die Vereinigten Staaten werden aller Voraussicht nach eine
Vermittlung in der Reparationsfrage ablehnen. Die Pariser
Ausgabe des „Newport Herald“ meldet aus Washington, daß die
Mehrheit der Mitglieder des Senatsausschusses für auswärtige
Angelegenheiten von einer Intervention Amerikas nichts
wissen wollte. Man habe in Amerika alle Annäherungsver-
suche mit einem gewissen Unbehagen aufgenommen, da man dort
noch immer auf demselben Standpunkt stehe wie an dem Tage,
als die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten seien.

Nach einem Telegramm des „Mail“ hat Präsident Harding
Biviani bei dessen Abschied erklärt, daß Frankreich in der
Schadenersatzangelegenheit auf die Vereinigten Staaten rechnen
könne, die Frankreichs Ansprüche vollständig und energisch unter-
stützen würden. Man legt dieser Erklärung Hardings in Paris
ganz besondere Bedeutung bei. Präsident Harding soll auch er-
klärt haben, daß ihm ein Teil des neuen deutschen Vorschlages
durch den Vatikan übermittelt worden sei.

Wir geben alle diese Meldungen über die Vermittlung
der deutschen Vorschläge mit Vorbehalt wieder.

Französische Kritik

Paris, 18. April.

Der „Temps“ kritisiert in seinem heutigen Leitartikel die ein-
zelnen Bestandteile der deutschen Gegenanschläge,
wie sie sich aus den bisherigen Presseäußerungen darstellen. Es
liege zwar durchaus im Interesse sowohl der Gläubiger als des
Schuldners, wenn Deutschland eine deutsche Anleihe
auf dem internationalen Markt aufnehmen, das
deutsche Projekt aber laufe darauf hinaus, daß eine interna-
tionale Anleihe, d. h. eine Anleihe der Alliierten oder wenigstens
eine Garantierung der deutschen Anleihe durch die Alliierten
stattfinde. Man könne nicht verlangen, daß die Alliierten ihren
eigenen Kredit für Deutschland hergäben. Auch ließe sich
über die Übertragung der alliierten Schuld
gegen Amerika reden, wenn Deutschland erst
einmal regelmäßig zahle. Die Initiative aber müsse
bei den Alliierten liegen. Diese könnten dann auf Grund der
regelmäßigen deutschen Zahlungen mit den deutschen Schuldver-
pflichtungen ihre alten Schulden bezahlen und neue Rüsse vor-
nehmen. Die deutsche Regierung aber verlange, daß die Ver-
einigten Staaten zwei solvente Schuldner, d. h. Frankreich und
England, gegen einen Schuldner austauschen, der selbst nicht
müde werde, sich als insolvent zu erklären. Es sei darnach be-
rechtigt und vernünftig, wenn die Alliierten in ge-
wissen hauptsächlich metallurgischen In-
dustriebetrieben Deutschlands die Aktien-
mehrheit übernahmen. Dabei hätten sie gleichzeitig Ge-
legenheit die Kontrolle über die Entwaffnung wirksamer zu
machen. Die Deutschen aber schlugen vor, nicht die Mehrheit,
sondern die Aktienminderheit abzugeben. Dabei behielten sie es
selbst in der Hand, das fremde Kapital, ihren eigenen Zwecken
entsprechend, beliebig zu verwenden, und außerdem sei es ja be-
kannt, wie leicht es jenseits des Rheins sei, Gewinne zu verstecken.

Frankreich sei schließlich der Verwendung deutscher
Arbeiter im verminten Gebiet grundsätzlich
nicht abgeneigt, und es sei nicht ausgeschlossen, daß unter
unersüßlichen Vorbedingungen ein Gesamtplan für die deutsch-
französische Zusammenarbeit aufgestellt werde. Die Deutschen
aber brächen im Namen ihrer Sozialisten, von
denen dieser Plan aussehe, und die sich mit Händen und Füßen
sträubten, in die deutsche Regierung einzutreten. Wenn die
deutschen Vorkarotten bei der Lösung des Reparationsproblems
mitzuwirken wünschten, wie es ihre Pflicht wäre, und wie sie
es könnten, so hätten sie es doch in der Hand,
die Sache in Ruhe zu bringen, indem sie
selbst die Macht ergreifen.

Zusammenbruch
des Bauwesens

Von gutunterrichteter Seite wird uns geschrieben: Man
wird voraussehen können, daß eine Wohnungsnot be-
steht, obwohl es Kreise gibt, die auf volkswirtschaftliches
Denken Anspruch erheben und trotzdem das tatsächliche Be-
stehen einer Wohnungsnot zuzugeben sich weigern. Eine Be-
hebung der Wohnungsnot lediglich durch Zusammendrängen
der Bevölkerung innerhalb des bestehenden Hausbestandes ist
weder möglich noch aus volkswirtschaftlichen Gründen er-
wünscht. Auf der anderen Seite besteht eine gesteigerte Ar-
beitslosigkeit, eine gesteigerte Inanspruchnahme der
Erwerbslosenfürsorge, also ein kompliziertes Arbeitsproblem.
Weiterhin stehen der Beseitigung der Wohnungsnot durch
Neubautätigkeit Geldmängel und bis zu einem gewissen
Grade Baustoffschwierigkeiten entgegen. Diese einzelnen
Faktoren gilt es zu einer planmäßigen Bauwirtschaft zu ver-
einigen.

Das Kabinett Fehrenbach hat in seiner Programm-
rede neben vielen anderen Punkten, die es sich nicht einmal
bemühte zu erfüllen, versprochen, eine geeignete und ge-
schlossene Organisation im Wohnungs- und Siedlungswe-
sen zu schaffen. Bisher ist das Gegenteil eingetreten; die Plan-
losigkeit der Organisation und die Kopflosigkeit der „Orga-
nisatoren“ haben einen Umfang erreicht, wie er verderblicher
kaum sein kann. Es soll nicht nur davon gesprochen werden,
daß die einzelnen Reichsressorts sich gegenseitig aus Kom-
petenzgründen nicht verständigen können und daß die Länder
gegen die Maßnahmen des Reiches offen ankämpfen. Es ist
dies um so bedauerlicher, da sicher, wenn auch vielleicht nur
an einer einzigen Stelle des Reiches, der beste Wille zur Be-
hebung der Schwierigkeiten besteht.

Aber alle diese organisatorischen Schwierigkeiten würden
ganz von selbst verschwinden, wenn nicht immer statt voraus-
schauendem Handeln planlose Halbheiten Platz griffen. Ein
belebender und planvoller Wille im Wohnungs- und Sied-
lungsweesen besteht nicht. Die Führung hat, wenn auch nicht
formell, so doch tatsächlich bis vor kurzer Zeit bei Preußen
gelegen; der Grund hierfür ist ein rein persönlicher. In-
solgedessen hat man versucht, immer wieder an die Zustände
der Vorkriegszeit anzuknüpfen und zu diesen Zuständen nach
Möglichkeit zurückzuführen.

Es dürfte aber allgemein bekannt sein, daß vor dem Kriege
eine Neubautätigkeit für die minderbemittelte Bevölkerung
nur getrieben wurde von den finanziell gänzlich unzureichen-
den Baugewerkschaften, die in ihrer Idee mangelhaften
Gute haben können, aber als Träger einer wirklich großen
Organisation für die Neubautätigkeit versagen mußten.
Weiterhin hat man versucht, durch Baukostenzuschüsse
die Baupreise zu senken, um die Mieten in den neuen Woh-
nungen niedrig zu halten. Dieses Mittel hat restlos ver-
sagt und ist zusammengebrochen, da weder Reich noch Staat
noch Gemeinden in der Lage sind, aus den allgemeinen
Steuermitteln weiterhin die erforderlichen Milliarden be-
reitzustellen. Ganz davon abgesehen hat die Form und Art
der Bereitstellung falsche Formen angenommen. Eine Ver-
anforderung der Wohnungs- und Bauwirtschaft in der Ge-
gebung ist nicht einmal versucht worden. Heute stehen wir
vor dem Zusammenbruch.

Der einzige Plan, von dem zwar sehr viel geredet
worden ist, der aber tatsächlich undurchführbar war, lautete:
„Umsiedlung von der Stadt aufs Land“. Er war zum
Scheitern verurteilt durch die landwirtschaftliche Bureau-
kratie, durch den Mangel an geeigneten Menschen, die mit
der nötigen Erfahrung aufs Land gehen konnten, und durch
den Mangel an freien Domänen, da man in bestehende Pacht-
verträge grundsätzlich nicht eingreifen wollte. Dieser von der
Obersten Heeresleitung propagierte Plan war eitel Spiegel-
fechtel. Die von der Allgemeinheit aufgedrachten Bau-
kostenzuschüsse fließen in die engen Kanäle des privaten
Baustoffhandels und der Baustoffindustrie. Einem ge-
schlossenen Kartell von Produzenten und Händlern steht man
auf diesem Gebiet gegenüber. Alle Versuche, diesen privat-
kapitalistischen Wirtschaftskörpern heizukommen, waren er-
folglos, da sie immer die beste Stütze im Reichswirtschafts-
ministerium gefunden haben.

Auf die Einzelheiten der Gehabung des Handels, der In-
dustrie und des Baugewerbes einzugehen, dürfte sich er-
übrigen. Es ist allgemein bekannt, daß der Rentier und
nicht von Liebe zur Allgemeinheit überfließt, und daß die
Baustoffhändler sich jederzeit gern an der Preissteige-
rung der Baustoffe beteiligt haben, und außerdem auf diese
Preissteigerung noch ihre prozentualen Zuschläge aufschlugen.
Es ist ferner allgemein bekannt, daß das Baugewerbe sich
ganz offen in der Presse und bei jeder anderen Gelegen-
heit als Gegner des gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen
Bauens erklärt. So sollten z. B. einer führenden Bauzeit-
schrift, die lebhaft privatkapitalistische Tendenzen hat, die
Annoncen gekündigt werden, weil sie die gemeinwirtschaft-
lichen Strömungen im Baugewerbe — erwähnt hatte.

Im Augenblick streitet man über die Mietsteuer. Aber das
Reichsmietengesetz. Man übersteht eher dabei, daß die Miet-
steuer, welche die Neubautätigkeit finanzieren soll, ebenso
wie das Reichsmietengesetz, das Streitigkeiten zwischen
Mieter und Vermieter beseitigen und den Bestand des alten

Hausbestehes durch Ausführung von Reparaturen garantieren soll, untrennbare Dinge sind, die nicht nebeneinander, sondern gemeinsam als eine geschlossene Einheit behandelt werden müssen. Denn jede Mietssteigerung im bestehenden Hausbesteh, sei es auf Grund freier Vereinbarung zwischen Mieter und Vermieter, sei es infolge falscher Beschaffung und Anspannung der Geldmittel zu Reparaturen, bedeutet die Möglichkeit einer Beeinträchtigung der Nachbarmachung der Mietssteigerung für die Allgemeinheit, also eine Beeinträchtigung der Neubautätigkeit.

Freie Wirtschaft im Hausbesteh, wie sie heute gefordert wird von gedankenlosen Nachschwärmern und persönlich interessierten Kreisen, würde unweigerlich mehr oder weniger schnell zu Mietssteigerungen von 1000 bis 1500 Prozent und dann zu einer Verteuerung der Gehälter und Löhne führen, außerdem aber zu einer Investierung von Kapitalien im bestehenden Hausbesteh, die bei dem allgemeinen Kapitalmangel etwas unerträgliches wäre. Man wird nach alledem nicht behaupten können, daß die bisherigen Maßnahmen und die leider im Anschluß daran bestehenden Pläne Aussicht auf eine produktive Bauwirtschaft für die nächste Zukunft bieten. Solange es nicht gelingt, daß diese Fragen nicht vom Standpunkt eines Verwaltungsjuristen oder aus dem engen Geschäftskreis eines Bauingenieurs betrachtet werden, und sie auf das Gebiet einer umfassenden wirtschaftspolitischen Auffassung zu leiten, ist keine Aussicht auf Besserung vorhanden.

Gemeinwirtschaft ist heute noch das Schreckgespenst für alle diejenigen, die glauben, an die idealen Zustände der Vorkriegszeit wieder anzuknüpfen zu müssen, ohne daß sie sich die Mühe nehmen, über die Möglichkeit und zwingende Notwendigkeit einer gemeinwirtschaftlichen Regelung im Wohnungs- und Bauwesen nachzudenken. Gemeinwirtschaft bedeutet Steigerung der Produktion, Sparsamkeit und sachgemäße Verwendung der aus Kräften der Allgemeinheit aufgebrauchten Mittel für die Neubautätigkeit sowie Erneuerung des in sich vollkommen morschen alten Hausbestehes. Mehr noch als in allen übrigen Wirtschaftszweigen muß gerade im Wohnungswesen die Parole lauten „Unbedingte Gemeinwirtschaft“.

Der zweite Rüssel Die fortschreitende Zerlegung

In einem Artikel „Falsche Solidarität“ geht nun auch Ernst Meyer die Schale seines Jornes über die acht Bundesgenossen Paul Levis aus. Aber doch recht diplomatisch. Obwohl die Erklärung, die ja nach dem Erscheinen von Levis Broschüre veröffentlicht wurde, für Deutsche keinen Zweifel läßt, daß die Veröffentlichung der Broschüre gebilligt wird, sucht Meyer den Erklärern nachzulegen, wenigstens von dieser Tat abzurückeln. Seine Motive sind klar. Nach der Haltung der Zentrale und der Moskauer Machthaber müssen sie ja sonst ebenso wie Levis kurzerhand an die frische Luft befördert werden. Und so muß man nach außen tun, so sehr bangt einem doch ob der Wirkungen, die der Ausschluß der acht Erklärer ausüben müßte.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht ferner Beschlüsse einiger Bezirksorganisationen. In Hamburg verpflichtete man sich, „alle Konflikte rasch und energisch zu steuern, die Klassen in Bewegung und in Aktion bringen zu können, Teilkollektionen aus wirtschaftlichen und politischen Ursachen mit allen zweckdienlichen Mitteln zu entsorgen, sie zu verschärfen und zu verbreitern.“ Ferner wurde beschlossen, die Prekommission, deren Befehlen dem Parteifunktionär widersprechen, aufzulösen und das Blatt der Kontrolle der Zentrale in Berlin zu unterstellen. Die Tagung verließ abgesehen von einigen Zwischenfällen vor dem Schluß der Tagung“ (et. eil) „in musterhafter Ordnung“!

Der Bezirksauschuss in Mecklenburg beschloß einstimmig eine Resolution, die die Passivität und die Sabotage führender Genossen auf das entschiedenste verurteilt. Armer Josef Herzfeld, so wird beim mutuellen Eintreten für die kommunistischen Ideen mit schändem Unbanf gelohnt!

Theater-Rundschau Leising- und Neues Volkstheater

„Von Morgens bis Mitternachts“ ist wohl Georg Kaisers bestes Stück. Der Inhalt ist sehr einfach: Ein Kassierer, erregt und gereizt durch die Eleganz einer Dame, die er für eine Abenteuerin hält, durchhaut die armselige Dede seines spießbürgerlichen Familienlebens, krennt mit 80 000 Mark durch, stürzt sich in die atemlose Vergnügensbegehr der Großstadt, um am Ende, in einer Heilsarmeeversammlung einzusehen, daß man „für alles Geld aus allen Geldschränken der Erde nichts kaufen kann, was irgendeinem wirklichen Wert hat“. Er erkennt darüber hinaus, daß nicht die äußere, sondern die innere Enge und Dede seines Familienlebens armselig und elend war, armselig, weil ohne Liebe. Er wird in den letzten fünf Minuten noch einmal grausam enttäuscht in seiner Hoffnung auf die Heilsarmee, in seiner Hoffnung auf die Kameradschaft und Liebe eines Heilsarmeeangehörigen — und schießt sich eine Kugel in den Kopf. Diese ganze Heide vom verkümmerten kleinen Kassierer zum Desraudanten, Großstadtkavalier und Selbstmörder, durch Bankrott, Familienkammer, Sechstagerenbahn, Nachtlokal und Heilsarmeebetfall dauert keine vierundzwanzig Stunden, sondern bloß „von morgens bis mitternachts“.

Kaisers Kraft reicht aus, des Schicksal und die verschiedenen Welten (Familie, Vergnügensbegehr, Heilsarmee), durch die es gewirbelt wird, in einem mit reichendem Tempo von Lichtern des Stils, des Jorns, des Mitleids durchblüht, erschütternd lebendig zu machen. Aber er verläßt mit Hilfe philosophierender Monologe und eines an passenden Stellen magisch aufleuchtenden regelrechten Totengipfels dies Einzelstückerl zum „Symbol“ zu steigern. Da verlagert er. Diese Stellen steigern nicht, sondern hemmen nur die Handlung. Ohne sie wäre der Eindruck stärker und dies Einzelstückerl typischer, symbolischer als jetzt.

Soviele über das Stück, das beweist, daß in Kaiser nicht nur ein geschickter Theatermann, sondern etwas wie ein Mensch und Dichter steckt. Die Aufführung des Leisingtheaters war das Schlechteste, was ich in diesem Winter auf Berliner Bühnen gesehen habe. Und das will allerdings sagen. Jammer ergreift einen, wenn man an frühere Leistungen Barrowski denkt. Von seiner Regie war überhaupt nur in der Familien- und der Heilsarmeeepisode etwas zu merken. Und auch das war mangelhaft. Sonst spielte jeder der zahllosen Schauspieler seinen Strümel so gut, oder vielmehr so schlecht, wie er eben konnte.

Hat man denn keinen Sinn dafür, wie albern, falsch und unwürdig es ist, in die gute alte Art der Theaterpielerei, die solange im Leising-Theater üblich war, nun hin und wieder einen Schuß falscherverstandenen „Expressionismus“ zu tun, wie man Satz

Auch in Württemberg wurde einstimmig die Haltung des Zentralauschusses gebilligt und der Ausschluß Levis als eine von ihm selbst herausgeforderte notwendige Zwangsmahnahme bezeichnet. Wann wird der Bannstich Klara Zeitlin treffen?

Gefeglosigkeiten gegen die „Rote Fahne“

Von der Redaktion der „Roten Fahne“ wird uns mitgeteilt:

Heute morgen 6 Uhr sind unsere Genossen Brandler und Sievers in ihren Wohnungen verhaftet worden. Außerdem ist die ganze Redaktion von Spießein umgeben, die die einzelnen Redakteure anhalten oder sie auf ihren Wegen begleiten.

Wir, das „Mistdoff“, die „Schubfaks“ und „Banditen“, wie uns die Redaktion der „Roten Fahne“ täglich zweimal nennt, kommen ihrer Bitte, diese Vorgänge der Öffentlichkeit mitzuteilen, gern nach. Darüber hinaus verlangen wir von den zuständigen Behörden, daß sie auch gegenüber der „Roten Fahne“ die bestehenden Gesetze achten und gegen das Blatt keinen Ausnahmestand etablieren. Die Arbeiterkassette wird mit den Schädlingen ihrer Bewegung selbst fertig werden; sie verbietet sich die Mithilfe der Polizei und der bürgerlichen Klassenjustiz! Das Verfahren ist nicht nur ungesetzlich und rechtswidrig, es ist auch eine politische Dummheit. Verstehen denn die Urheber dieser Rechtsmissetaten nicht, daß sie damit der kommunistischen Zentrale den besten Dienst leisten?

Die gekaufte Presse

Nachdem die Telegraphen-Union in den Besitz des Herrn Hugenberg übergegangen ist, sieht sie, wie Herr Dr. Dammert, dessen Korrespondenz bei der gleichen Gelegenheit mit der T.-U. verknüpft worden ist, aus, ganz im Dienste des Großkapitals, und ihre Leistungen entsprechen ihrem Zweck. Jüngst erhob Dr. Dammert in der Öffentlichkeit die Anklage, daß der Nachrichtendienst der T.-U. durch einseitige Darstellung und absichtliches Verschweigen bestimmter Tatsachen die Leser der deutschen Presse täusche. Wir haben davon Notiz genommen und entsprechende Bemerkungen daran geknüpft. Die Redakteure der T.-U. verbreiten jetzt eine öffentliche Erklärung, in der sie die Behauptungen Dammerts als Verleumdungen zurückweisen. Niemals sei an sie das Ansehen geknüpft worden, ihre Tätigkeit in solcher Weise auszuüben, und sie seien journalistisch völlig unabhängig und unbeeinträchtigt. Sie erklären sich bereit, diese Feststellungen vor Gericht mit ihrem Eide zu erhärten.

Man wäre verpflichtet, dieser Darstellung Glauben zu schenken, wenn der Inhalt des Nachrichtenendienstes der T.-U. sich nicht mit dem Wesen ihres Besitzers wesentlich verändert hätte, und zwar in einer Richtung, die der Reaktion und dem Großkapital außerordentlich günstig ist. Wir erinnern z. B. an die Verbreitung einer offenbar verlogenen Nachricht über die Landarbeiterbewegung in Pommern, gegen die wir uns sofort gewendet haben. Wie reimt sich das zusammen?

Der Verrat der Wittelsbacher

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 19. April.

Die Agitation für den ehemaligen bayerischen Kronprinzen Rupprecht wird in Bayern wieder sehr lebhaft betrieben. Dagegen nimmt die reaktionäre bayerische Presse in schärfster Weise gegen das Schicksal Karl von Oesterreichs Stellung, dem sie seine Sonderverhandlungen mit Frankreich noch nicht vergessen hat und ihn deshalb des Verrats bezichtigt. In diesem Zusammenhang machte Genosse Winter in einer öffentlichen Versammlung der U. S. P. die aufsehenerregende Mitteilung, die bayerische Presse hätte alle Ursache, über die Verhandlungen des Habsburgers zu schweigen, denn das ehemalige bayerische Königs Haus habe während des Krieges ebenfalls Sonderverhandlungen mit Frankreich geführt. Diese Mitteilung könne einwandfrei belegt werden. Bereits nach der Sommerschlacht 1918 hätten die Verhandlungen begonnen, und kurz vor dem Zusammenbruch im November 1918 waren sie so weit gediehen, daß der damalige bayerische König Ludwig III. seine Zustimmung gab, nicht um das bayerische Volk, sondern um seinen Thron vor dem Zusammenbruch zu retten.

Die Christlichsozialen gegen Rahr

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 19. April.

Im „Neuen Volk“, dem Organ der Christlich-sozialen Partei in Bayern, Nr. 88, ist ein Aufruf veröffentlicht, in dem gesagt wird, daß sowohl im Reich wie in Bayern der Einfluß des Kapitalismus und der Deutschnationalen immer größer werde. Besonders in Bayern habe in jüngster Zeit die Entwicklung Formen angenommen, welche zu einer immer reaktionärerem Politik im Jahrwasser der Deutschnationalen führe. Der bayerische Ministerpräsident von Rahr sei heute der Mann der Deutschnationalen, und in dieser Politik werde er durch die und dann geküßt sowohl von der bayerischen Volkspartei, als auch von den Demokraten. Die Idee von Stegerwald werde totgebriht. Im Reich sei das Zentrum durch das Anschließen von Bayern ungeheuer geschwächt. Das Interesse des ganzen christlichen Volkes, vor allem der nichtkapitalistischen Schichten, verlange, daß diese Partei auch von Bayern erheblichen Zufluß erhalte. Aus diesen Gründen schlage die Vorstandschaft den Mitgliedern der Christlich-sozialen Partei vor, die Christlich-soziale Partei als bayerisches Zentrum im Anschluß an das Zentrum des Reiches zu erklären und den Anschluß an das Reichszentrum zu vollziehen.

Das neue Zentrumsprogramm, das auf dem nächsten Zentrumsparteitag angenommen werde, treffe sich mit dem Programm der Christlich-sozialen Partei. Die Hauptforderungen der Christlich-sozialen Partei werden in das neue Zentrumsprogramm aufgenommen. Um zu der Anschlußfrage an das Reichszentrum Stellung zu nehmen, wird eine Parteikonferenz der Christlich-sozialen Partei am Sonntag, den 24. April, in Ingolstadt einberufen.

Die Kosten für den Wiederaufbau

Paris, 18. April.

In der heutigen Kammerfassung wurde die Beratung des Budgets der Ausgaben für 1921 fortgesetzt, die von Deutschland nach dem Friedensvertrag von Versailles zurückgezahlt werden müsse. Der Berichterstatter d'Audigny brachte ein ziemlich vollständiges Bild über das, was in den „bejreten Gebieten“ geschehen ist. In erster Linie beschäftigte er sich mit der Feststellung des Schadens und mit der Tätigkeit des Crédit National, der den Geschädigten Vorschüsse leistet. Die durch die Departements, die Kommunen, sowie Privatpersonen angemeldeten Schäden beliefen sich auf den Wert von 1914 berechnet, auf 34 665 Millionen Franken. Hierzu müsse man für Beschädigung der Staatsdomänen und der Eisenbahnen noch ungefähr eine Milliarde Franken hinzufügen. Dabei müsse man bedenken, daß zahlreiche Schadenanmeldungen noch ausstehen, und daß diese daher dem wahren Wert nicht entsprechen. Die genauen Ziffern könne man erst dann erörtern, wenn die Kantonalkommissionen und die Kriegsschädengerichte ihre Arbeiten vollendet hätten. Trotzdem glaube er, daß der Betrag der Schäden nach dem Wert von 1914 nicht geringer sei, als 30 Milliarden. Bis jetzt habe man im ganzen 20 984 Millionen Franken ausgegeben, und dabei seien die Ausgaben für den Staatsbankrott mit 4 bis 5 Milliarden augenblicklichen Wertes nicht eingerechnet. 15 Milliarden von dem genannten Betrage seien in Waren und Geld ausgeschüttet worden. Die Wiederverteilung habe ungefähr fünfmal so viel gekostet, als der Preis von 1914 ausmache. Es seien also noch 26 Milliarden zu reparieren, die bei einem Koeffizienten von 4 104 Milliarden ausmachten. Da man annehmen könne, daß 10 bis 15 Jahre für den Wiederaufbau notwendig seien, könne mit einer Verringerung des Koeffizienten gerechnet werden. Der Berichterstatter würde einen Koeffizienten von 3/4 für gerecht halten. Man könne also dann auf etwa 20 Milliarden. Diese Summe müsse als Maximum gelten.

In der Debatte wandte sich Abgeordneter Crespeil wiederum gegen die Verwendung deutscher Arbeiter aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen, er wolle höchstens die Verwendung deutschen Materials zulassen.

Zusammenkunft Briands und Lloyd Georges

Paris, 19. April.

Aus Hntke wird gemeldet, daß der französische und der englische Ministerpräsident am kommenden Sonntag in der Villa von Sir Phillip Sasson in Lampton wahrscheinlich zusammenreffen werden. Es scheint, daß diese Begegnung durch das Betreiben des französischen Ministerpräsidenten herbeigeführt worden ist.

mit Pfeffer an ein deutsches Beasteel macht? Man soll doch in Gottes Namen den Expressionismus denken lassen, die daran glauben (und die, weil sie daran glauben, auch etwas darin leisten!) Aber man soll nicht Dinge nachmachen, die einem ganz fremd sind, bloß weil es die Mode will. Das ist einfach unwürdig. Barnowski läßt jeden Schauspieler sprechen und spielen, wie er will, den einen nach der neuen, den andern nach der alten Art, und er selbst spielt die eine Szene nach alter, ansehnlicher, fälschlicherweise „realistisch“ genannter, die andere Szene nach neuer, nur andeutender, fälschlicherweise „expressionistisch“ genannter Art. Und wenn (zugewendet!) das Durcheinander in Kaisers Stück dies Stillschweben auf der Bühne auch begünstigt, so ist es deshalb doch noch nicht nötig, in ein und derselben Szene innerhalb von fünf Minuten sechsmal von einem Stil zum andern zu springen. Das ist unerträglich! Man muß sich entscheiden: entweder den einen oder den andern Stil. Aber nicht einen Salat aus drei verschiedenen Sorten. Es zeugt von einem jammervollen Mangel an Theaterkultur und von einem ganz konfusem und unsicheren Stilgefühl, wenn man in ein und durch Vorhänge angeordnetes Zimmer ganz realistische Möbel stellt, und in einer „expressionistischen“ Nachfoladeformation ganz unexpressionistisch berlinernde Kadavere auftreten läßt.

Mittelend wirken diese Szenen nur, wenn die Welten, in die der kleine Kassierer plötzlich geschleudert wird, misspielen und deutlich werden: der parfumierte reiche Luxus des Nachtlokals, die blendenden Bogenlampen, das unnatürliche Knattern der Kennmotore, die bekende Bummelmusik der Rad-Rennbahn. Das muß deutlich, groß greifbar deutlich werden, das gibt dieser Sehnsucht von morgens bis mitternachts das nötige Tempo. Will man das — huch nein, wie vornehm! — „andenten“, so bleibt alles matt, schwach, leer, und man versteht das Geschick und die atemlosen Reden des armen Desraudanten gar nicht.

Diese völlig mißglückte und ungenügende Aufführung wurde getragen und gestützt von einer ganzen Schar ebenso ungenügender Schauspieler, von denen man (mit Ausnahme von Alice Törning, Billi Süß-Eisenlohr und vielleicht Erich Walter, die in ganz kleinen Episodenrollen laien, was sie konnten) besser nicht einen Namen nennt.

Man kann (und besonders als Sozialist) keine so ganz reine Freude an der Entwicklung haben, die Gerhart Hauptmann als Mensch wie als Dichter durchläuft. Sie sieht der Entwicklung Goethes (vom Menschen zum Würdenträger) ähnlicher als der Tokstos (vom Menschen zum Heiligen). Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß wir ihm einige Werke verdanken, die zu dem Schönen und Besten gehören, was die deutsche Literatur überhaupt aufzuweisen hat. Darunter: „Rose Bernd“.

Ein schönes, gelundes, kräftiges, junges Bauernmädchen, froh, freundlich, selbstig und gutmütig, wird zur Reineidigen und Kindsmörderin. Da sie schön und kräftig ist, wird sie von allen Männern verfolgt und gehebt, „verführt“, „vergewaltigt“ — und wie all die großartigen Worte heißen, die doch nichts anderes bedeuten und bewellen, als daß ein gesunder Mann eine gesunde Frau braucht zum Leben, so notwendig wie Essen und Trinken, und daß ein falscherstandenes Christentum und eine verdorrte und heuchlerische Moral aus dieser harmlosen und natürlichen Tatsache eine Gefahr und ein Verbrechen gemacht haben. Wer will den ersten Stein werfen auf diese Kindsmörderin? Aber wer auch will den ersten Stein werfen auf die Männer, die immerhin noch eher „schuldig“ sind, als sie, die Mörderin? Ihre „Schuld“ beginnt nicht mit der Nachstellung und der Verführung, sondern da, wo sie — sie alle, der, der nur begehrt, der, der verlobt ist und der, der sie von Herzen lieb hat — sie verlassen sie (wenigstens innerlich) allein lassen. Nicht so sehr die Lieblosigkeit der Menschen, viel mehr die Moral, die sie alle verdorren hat, trägt hier die Schuld an Unglück und Verbrechen. Diese schmutzige Pfaffenmoral aber fragt nach dem Standesamtsprotokoll und teilt die Mütter in zwei Teile: eheliche und uneheliche. Als ob Pfaffen, nequill und Standesamtsstempel der Würde und Heiligkeit einer Mutter noch irgendwas hinzufügen könnte.

Die Stellen, an denen sie und da durch all die Qual und Qualerei hindurch über die bittere Lausage gegen unsere Moral hinaus mit ein paar stillen Worten die Herrlichkeit und Heiligkeit der Mutterkraft und der Mutter deutlich wird, daß sind die schönsten, unvergänglichen Stellen dieser menschlich wie dialektisch gleich schönen Dichtung.

Die Aufführung des „Neuen Volkstheaters“, unter der Regie von Hans Brahm, wurde nicht in allen Dingen dieser starken Dichtung gerecht. Wenn aber die wichtigsten Gedanken und tiefsten Schönheiten eines Schauspielers, wenn auch vielleicht nicht reiflos lebendig, so doch wenigstens deutlich werden, so darf man eine Aufführung wohl gut nennen. Sie war im ganzen nur etwas zu hochdeutsch, zu wenig schließ, die Schauspieler zu gebildet.

Mit der Darstellerin der Rose Bernd steht und fällt die Aufführung dieses Stückes. Rose Berendsen hat eine, wenn nicht gerade hinreißende, so doch sehr tüchtige Leistung, die nicht last liegt. In den jarteren, empfindsamen Stellen war sie am schwächsten, und am wenigsten echt, ganz ausgezeichnet aber in der Szene, in der (wie groß ist Hauptmann in solchen Dingen!)

